

# FORUM

## Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe April 2006

„Man darf das Schiff  
Nicht an einen einzigen Anker  
und das Leben  
nicht an eine einzige  
Hoffnung binden.“

Epiktet

- **Versorgungsrecht: Schutz vor verschärften Anrechnungsregelungen für Altfälle ausgelaufen**
- **Analyse der derzeitigen Streiksituation im öffentlichen Dienst**
- **Statistisches Bundesamt: „Frauen in Deutschland!“**
- **Zahl der Abtreibungen gesunken**
- **Frauen haben weniger Interesse am technischen Studium**
- **Geburtenentwicklung in Deutschland: Langfristiger Vergleich**
- **Arbeitszeit-Schere zwischen Männern und Frauen weit geöffnet**

### **Versorgungsrecht: Schutz vor verschärften Anrechnungsregelungen für Altfälle ausgelaufen**

Die Geltungsdauer der Übergangsvorschrift des § 69 c Abs. 4 BeamtVG, mit der ein Vertrauensschutztatbestand gegenüber den durch das Versorgungsreformgesetz 1998 verschärften Anrechnungsregeln geschaffen worden war, sind zum Ende des Jahres 2005 ausgelaufen. Versorgungsempfänger, die vor dem 01.01.1999 eine Beschäftigung oder Tätigkeit aufgenommen haben und ohne Unterbrechung weitergeführt haben, unterfallen bislang der Anrechnungsvorschriften der §§ 53 und 53 a BeamtVG in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung, sofern dies für sie günstiger ist.

Diese besitzstandswahrende Regelung war in ihrer Laufzeit auf insgesamt 7 Jahre beschränkt und endete zum 31.12.2005.

Seit dem 01.01.2006 gilt für alle Sachverhalte § 53 BeamtVG. Dies führt zu folgenden konkreten Auswirkungen:

- Bei einzelnen Versorgungsempfängern, bei denen bereits eine Anrechnung nach den §§ 53 oder 53 a BeamtVG alter Fassung (vor 1999) erfolgte, kann dies u. U. zu einer Erhöhung des Ruhensbetrages führen.
- Diejenigen Versorgungsberechtigten, welche aufgrund einer ununterbrochenen Beschäftigung seit dem 31.12.1998 bislang ohne Anrechnung Erwerbs- oder Erwerbsersatzekommen bezogen haben, fallen ab dem 01.01.2006 erstmalig unter die Anrechnungsvorschrift des § 53 BeamtVG, sofern die entsprechenden Einkommen zusammen mit dem Ruhegehalt die jeweilige Höchstgrenze überschreiten.

Die von der Aufhebung der Übergangsregelung betroffenen Versorgungsempfänger sind - selbst wenn sie keine entsprechenden Informationen durch ihre Versorgungsverwaltung erhalten - ab dem neuen Jahr aufgefordert, bisher noch nicht angerechnete oder angezeigte Einkünfte mitzuteilen, damit im Einzelfall keine Rückforderungsansprüche geltend gemacht werden. **Quelle:** dbb Hessen ©

## Analyse der derzeitigen Streiksituation im öffentlichen Dienst

Eine wertfreie Analyse der derzeitigen Streiksituation im öffentlichen Dienst hat der Vorsitzende des dbb Hessen, Walter Spieß, vorgenommen.

Nach der Systematik „Sie fragen – Wir antworten!“ bezieht er Stellung zu den Fragen

- Was wollen die Gewerkschaften mit dem Streik erreichen?
- Kann eine Schlichtung den Streik beenden?
- Sind bei einer Einigung mit den Ländern auch die Streiks in den Kommunen beendet?
- Kann die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder zerbrechen?
- Was wird aus dem Flächentarifvertrag?
- Was bedeutet dies für Hessen?
- Streiks im Uniklinikbereich?

Die Stellungnahmen hierzu sind im Internet ([www.dbbhessen.de](http://www.dbbhessen.de)) nachzulesen.

## Statistisches Bundesamt „Frauen in Deutschland!“

Einen guten Überblick zum Thema „Frauen in Deutschland“ bietet die Neuauflage des Blickpunktbandes „Frauen in Deutschland“, welcher von Seiten des Statistischen Bundesamtes herausgegeben worden ist. Dieser bietet einen guten Überblick über die Situation von Frauen und Mädchen in ihrem familiären, gesellschaftlichen und beruflichen Umfeld und ist sowohl für Expertinnen und Experten und Entscheidungsträger in Politik und Wissenschaft als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Folgende Themen werden aufgegriffen:

- In welchen Altersgruppen sind Frauen in der Bevölkerung Deutschlands unter- bzw. überrepräsentiert?

- Wie entwickelt sich die Lebenserwartung der Frauen in den nächsten Jahrzehnten?
- Welche Berufe oder Studienfächer werden von Frauen bevorzugt gewählt?
- Teilzeitarbeit wirklich reine Frauensache?
- Wie stellt sich ihre finanzielle Situation dar? Wie gestalten sie ihre Teilnahme am öffentlichen Leben?

Die komplette Pdf-Datei zum kostenlosen Download erhalten Sie unter <http://www-ec.destatis.de>. **Quelle:** Statistisches Bundesamt

## Zahl der Abtreibungen gesunken

Das Statistische Bundesamt teilte Anfang März mit, dass die Zahl der Abtreibungen rückläufig ist. Im Gegensatz zum Jahr 2004, sank der Anteil um vier Prozent. Dies stellt sich zahlenmäßig wie folgt dar:

- |             |         |
|-------------|---------|
| • Jahr 2005 | 124.000 |
| • Jahr 2004 | 118.400 |

In Bezug auf die Altersstruktur der betroffenen Frauen zum Zeitpunkt des medizinischen Eingriffs ergibt sich folgendes Bild:

- |                      |                 |
|----------------------|-----------------|
| • 18 bis 34 Jahre    | 71 Prozent      |
| • 35 bis 39 Jahre    | 16 Prozent      |
| • 40 Jahre und älter | knapp 7 Prozent |

Bei den unter 18 Jährigen sank die Zahl der Abtreibungen um fast 8 Prozent.  
Quelle: Statistisches Bundesamt

## Frauen haben wenig Interesse am technischen Studium

Das Statistische Bundesamt teilte zum Weltfrauentag am 8. März 2006 mit, dass bei jungen Frauen auch im Studienjahr 2005 kein steigendes Interesse an einem natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studium festzustellen sei. Der Anteil der Studienanfängerinnen stagnierte in Mathematik und den Naturwissenschaften nach vorläufigen Ergebnissen bei 40%. In den Ingenieurwissenschaften sank der Anteil der Ersteinschreibungen von Frauen um einen Prozentpunkt auf 20%.

Das Interesse der Studienanfängerinnen konzentrierte sich in 2005 nach wie vor auf die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften mit einem Frauenanteil von 73% und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (66%). In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (51%) war das Geschlechterverhältnis fast ausgeglichen. Weiter Auskünfte zu diesem Thema erhalten Sie von Ilka Willand unter der Telefonnummer 0611/75-4545 oder unter [ilka.willand@destatis.de](mailto:ilka.willand@destatis.de)

## Geburtenentwicklung in Deutschland: Langfristiger Vergleich

Die Kinderzahl je Frau hat sich im Durchschnitt in Deutschland in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, fiel die Geburtenziffer 2004 mit 1,36 etwas höher als in den drei vorangegangenen Jahren aus (2001: 1,35; 2002 und 2003 jeweils 1,34). Eine höhere durchschnittliche Kinderzahl hatte es seit der Wiedervereinigung nur in den Jahren 1997 (1,37) und 2000 (1,38) gegeben, 1990 waren es 1,45 gewesen. Damit wird das zum Ersatz der

Elterngeneration notwendige Niveau von etwa 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten.

Eine durchschnittliche Kinderzahl von mindestens 2,0 je Frau hatte es sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands zuletzt Anfang der 1970er Jahre gegeben.

2005 wurden nach einer Schätzung, die monatliche Veränderungen berücksichtigt, etwa 680 000 bis 690 000 Kinder lebend geboren. Die Ergebnisse für das Jahr 2005 werden Mitte 2006 vorliegen. Die zusammengefasste Geburtenziffer dürfte 2005 zwischen 1,33 und 1,36 gelegen haben.

### **Innerhalb Deutschlands gab es eine sehr unterschiedliche Entwicklung:**

In den neuen Ländern und Berlin-Ost sind nach der Wiedervereinigung die Geburten geradezu eingebrochen bis zu einem Tief der zusammengefassten Geburtenziffern von 0,77 Kindern je Frau in den Jahren 1993 und 1994. Seitdem hat dort die durchschnittliche Kinderzahl wieder bis 2004 auf 1,31 (ohne Berlin-Ost) zugenommen. Demgegenüber veränderte sich die zusammengefasste Geburtenziffer in Westdeutschland in den letzten Jahrzehnten nicht derart gravierend. Im früheren Bundesgebiet wurden 2004 durchschnittlich 1,37 Kinder je Frau geboren (ohne Berlin-West), ähnlich viele wie in den Vorjahren. In dieser Größenordnung liegt die zusammengefasste Geburtenziffer im Westen Deutschlands seit 1975. In diesem Zeitraum waren die höchsten Werte 1975, 1976 und 1990 mit jeweils 1,45 sowie 1980, 1981 und 1997 mit 1,44 erreicht worden. Die niedrigste zusammengefasste Geburtenziffer hatte es im früheren Bundesgebiet 1985 mit 1,28 gegeben.

Eine niedrigere zusammengefasste Geburtenziffer als Deutschland weisen innerhalb der EU zurzeit unter anderem Tschechien und Polen mit 1,23 sowie Griechenland mit 1,29 auf (Angaben von Eurostat für 2004).

Die zusammengefasste Geburtenziffer beruht auf den Ergebnissen zu den Geburten eines Jahres und gibt die hypothetische Zahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Änderungen im Geburtenverhalten wie etwa die Verschiebung von Geburten auf ein höheres Alter wirken sich auf diese Ziffer aus.

Die absolute Geburtenzahl ist in Deutschland seit 1972 niedriger als 1946. Die Anzahl der Geburten hängt nicht nur von der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau ab, sondern wird auch durch den Umfang der Elterngeneration bestimmt. Nimmt die Zahl der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren ab, wie es inzwischen als Folge der niedrigen Geburtenzahlen der letzten 30 Jahre der Fall ist, so sinkt die Geburtenzahl auch ohne Veränderung des Geburtenverhaltens.

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer <sup>1)</sup>**

Jahr	Lebendgeborene			Zusammengefasste Geburtenziffer <sup>1)</sup>		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>	Neue Länder <sup>3)</sup>	Deutschland	Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>	Neue Länder <sup>3)</sup>
1946	921 677	732 998	188 679	.	.	.
1950	1 116 701	812 835	303 866	.	2,10	.
1955	1 113 408	820 128	293 280	.	2,11	2,35
1960	1 261 614	968 629	292 985	.	2,37	2,33
1965	1 325 386	1 044 328	281 058	.	2,51	2,48
1970	1 047 737	810 808	236 929	.	2,02	2,19
1975	782 310	600 512	181 798	.	1,45	1,54
1980	865 789	620 657	245 132	.	1,44	1,94
1985	813 803	586 155	227 648	.	1,28	1,73
1990	905 675	727 199	178 476	1,45	1,45	1,52
1991	830 019	722 250	107 769	1,33	1,42	0,98
1992	809 114	720 794	88 320	1,29	1,40	0,83
1993	798 447	717 915	80 532	1,28	1,39	0,77
1994	769 603	690 905	78 698	1,24	1,35	0,77
1995	765 221	681 374	83 847	1,25	1,34	0,84
1996	796 013	702 688	93 325	1,32	1,40	0,95
1997	812 173	711 915	100 258	1,37	1,44	1,04
1998	785 034	682 172	102 862	1,36	1,41	1,09
1999	770 744	664 018	106 726	1,36	1,41	1,15
2000	766 999	655 732	111 267	1,38	1,41	1,21
2001	734 475	607 824	98 027	1,35	1,38	1,23
2002	719 250	594 099	96 350	1,34	1,37	1,24
2003	706 721	581 367	96 631	1,34	1,36	1,26
2004	705 622	577 292	98 884	1,36	1,37	1,31

\*) Nach jeweiliger Definition der Bundesstatistik bzw. der ehemaligen DDR

1) Zahl der Kinder, die eine Frau im Alter von 15 Jahren im Verlauf ihres weiteren Lebens bekommen würde, wenn sie sich hinsichtlich ihres Geburtenverhaltens so verhalten würde wie alle betrachteten Frauen von 15 bis 49 Jahren des entsprechenden Berichtsjahres.

2) Ab 2001 ohne Berlin-West

3) Ab 2001 ohne Berlin-Ost

**Arbeitszeit-Schere zwischen Frauen und Männern weit geöffnet**

Der Unterschied bei der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von berufstätigen Frauen und Männern ist deutlich gewachsen. 2004 arbeiteten Frauen im Durchschnitt 30,8 Stunden, Männer dagegen 40,2 Stunden – eine Differenz von

gut neun Stunden. 1991 hatte der Unterschied noch weniger als sieben Stunden betragen. Das zeigt der FrauenDatenReport des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Grund für die kontinuierliche weitere Öffnung der Arbeitszeit-Schere: In den neunziger Jahren ist die Zahl der Frauen gewachsen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieser Anstieg erklärt sich jedoch allein aus Zuwächsen bei der Teilzeitarbeit. So ging zwischen 1991 und 2004 die Zahl der Frauen mit Vollzeitstellen um 1,6 Millionen zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der Frauen mit Teilzeitstellen um 1,8 Millionen. Drastisch zugenommen hat der Anteil der Frauen, die lediglich sehr kurze Teilzeit-Jobs unter 15 Stunden in der Woche haben: von knapp sechs Prozent 1991 auf 13 Prozent 2003. „Nicht jede Teilzeitarbeit entspricht den Arbeitszeitwünschen der Frauen“, sagt WSI-Expertin Dr. Christina Klenner. „Untersuchungen zeigen, dass die gewünschten Arbeitszeiten der Teilzeitbeschäftigten deutlich über den realen liegen.“

Eine wichtige Hürde für die Berufstätigkeit von Frauen ist die weiter schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinderbetreuung ist nach wie vor überwiegend Sache der Mütter, zeigt der FrauenDatenReport. Zwar hat sich der Anteil der Väter bei der Elternzeit seit 2001 verdoppelt – allerdings auf niedrigem Niveau von weniger als zwei Prozent auf knapp fünf Prozent. Während in den skandinavischen Ländern etwa die Hälfte der Kinder unter drei Jahren einen Platz in einer Betreuungseinrichtung hat, ist es in Deutschland nur jedes zehnte Kind.



**Quelle:** Hans-Böckler-Stiftung, Bonn; [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

**dbb Frauenvertretung Hessen**  
Tel.: 0 61 52 / 5 93 99

#### Impressum

Helene-Stöcker-Str. 12 64 521 Groß-Gerau  
Fax: 0 61 52 / 9 41 91 20

Internet: [www.dbb-frauen-hessen.de](http://www.dbb-frauen-hessen.de)

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Ute Wiegand-Fleischhacker

E-Mail: [vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de](mailto:vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de)